

Der sanfte Sturz Robert Mugabes

Simbabwes Armee griff am 15. November 2017 in einen internen Machtkampf um die Nachfolge des Präsidenten ein und stellte Robert Mugabe unter Hausarrest. Nachdem die Regierungspartei ZANU-PF ihn abgewählt hatte, wurde sein zuvor geschasster Stellvertreter Emmerson Mnangagwa, bekannt als „das Krokodil“, als neuer Präsident vereidigt.



Mit **93** Jahren war Mugabe, der seit 1980 regierte, das weltweit älteste Staatsoberhaupt. Doch auf dem afrikanischen Kontinent sind greise Herrscher eher die Regel als die Ausnahme. Während das afrikanische Durchschnittsalter bei 19,4 Jahren liegt, kommen Afrikas zehn ältesten Machthaber im Durchschnitt auf 81,2 Jahre. Zudem sind sieben Präsidenten seit über 30 Jahren an der Macht.

Mugabes 75-jähriger Nachfolger Mnangagwa war jahrzehntelang ein treuer Gefolgsmann Mugabes. Er war Mitglied der Guerilla-Gruppe „Crocodile Gang“, die gegen die Unterdrückung durch die weiße Minderheit im damaligen Südrhodesien kämpfte. Seine Gegenspielerin, die als „Gucci-Grace“ bekannte und umstrittene Präsidentengattin Grace Mugabe, ist eine leidenschaftliche Shopperin. 2014 erstand sie u.a. **62** Paare der Nobelschuhmarke Ferragamo.

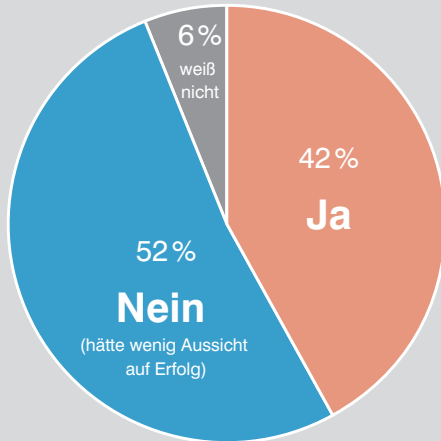
Die meisten Bürger Simbabwes müssen derzeit auf deutlich kleinerem Fuß leben: Das Land ist eine der ärmsten Volkswirtschaften der Welt, mit hoher Arbeitslosigkeit und Inflation. Ein Pfund Butter kostet derzeit **14** Dollar. Nach anfänglichen Erfolgen wirtschaftete Mugabe Simbabwe zugrunde; im Ranking des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) gehört das Land zu den Schlusslichtern.

10 884 Kilometer Luftlinie zwischen Harare und Peking legte der simbabwische Militärführer Constantino Chiwenga eine Woche vor dem Sturz Mugabes zurück, um sich mit dem chinesischen Verteidigungsminister auszutauschen. Die chinesische Regierung, deren Unternehmen rund **450** Millionen Dollar (2015) im Land investiert haben, stritt jeden Zusammenhang zwischen dem Militärputsch, der am Ende keiner war, und Chiwengas Besuch ab.

„Wenn man 37 Jahre lang einen Stein trägt und jemand sagt, du kannst ihn absetzen, dann freust du dich, selbst wenn es nur für ein paar Tage ist.“

TAPIWA, 29-JÄHRIGER ANTI-MUGABE-DEMONSTRANT IN HARARE,
FINANCIAL TIMES 25.11.2017

Sollte die EU für Syrien eine eigene Friedenskonferenz einberufen?



Vor bald sieben Jahren, im März 2011, begann der syrische Bürgerkrieg. Versuche, ihn auf dem Verhandlungsweg zu beenden, hatten wenig Erfolg. Der von den UN initiierte Genfer Prozess schlug fehl; ob die von Russland organisierten Astana-Verhandlungen zu einer tragfähigen Lösung führen werden, ist ungewiss. Die Europäer, von der Flüchtlingskrise im Sommer und Herbst 2015 in besonderem Maße betroffen, hielten sich mit Vorstößen bisher zurück.

„Sollte die Europäische Union für Syrien eine eigene Friedenskonferenz einberufen?“, wollten die *IP* und Forsa deshalb wissen. Offenkundig ist die deutsche Öffentlichkeit in dieser

Frage gespalten: Während 52 Prozent der Befragten die Idee einer von der EU organisierten Konferenz für Syrien ablehnen, weil sie ihrer Meinung nach wenig Aussicht auf Erfolg hat, sprechen sich 42 Prozent für eine solche Friedenskonferenz aus. Dabei fällt auf, das vor allem die Jüngeren – die Altersgruppe der 18- bis 29-Jährigen – den Vorschlag überproportional stark befürworten: 57 Prozent von ihnen antworteten mit „Ja“, nur 38 Prozent mit „Nein“. Und generell können der Idee im Westen mehr Befragte etwas abgewinnen (43 Prozent dafür / 51 Prozent dagegen) als im Osten Deutschlands (37 Prozent dafür, 61 Prozent dagegen).

Mit Blick auf die politischen Grundüberzeugungen sind Wähler der Grünen mit 57 Prozent die größten Befürworter der Idee, gefolgt von denen der Linken (56 Prozent) und der FDP (48 Prozent). Bei der Syrien-Politik hätte es demnach zumindest unter den Parteianhängern eine relativ starke „Jamaika-Front“ für einen solchen Vorstoß gegeben, wenngleich nur 40 Prozent der Unions-Wähler die Idee gutheißen (bei den SPD-Anhängern 42 Prozent). Aus dem Rahmen fallen AfD-Wähler: Nur 19 Prozent sind für eine von der EU organisierte Friedenskonferenz, 74 Prozent dagegen.

Anhänger der	CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	FDP	AfD
Ja	40%	42%	57%	56%	48%	19%
Nein	56%	52%	41%	42%	49%	74%

Datenbasis: 1002 Befragte in Deutschland. Statistische Fehlertoleranz: + / - 3 Prozentpunkte.

An 100% fehlende Angaben = „weiß nicht“. Erhebungszeitraum: 11. bis 12. Dezember 2017. Quelle: Forsa